



Außenpolitische Perspektiven der Ukraine nach der „Revolution in Orange“

In der Ukraine hat während der vergangenen Monate ein grundlegender Wandel stattgefunden, der auch die Position des Landes in der internationalen Staatengemeinschaft tangiert. Nachdem es in den ersten beiden Wahlgängen zur Bestimmung des neuen Präsidenten am 31. Oktober und am 21. November 2004 zu massiven Manipulationen gekommen war, protestierten hunderttausende Ukrainer wochenlang dagegen, dass Janukowitsch offiziell zum Gewinner der Wahl deklariert wurde. Die Massenbewegung, deren Protest als so genannte „**Revolution in Orange**“ dauerhaft in Erinnerung bleiben wird, konnte ihre Forderungen nach einer Wahlwiederholung schließlich durchsetzen. Bemerkenswert war dabei, dass die Massenproteste ganz in der Tradition der Regimewechsel des Jahres 1989 friedlich verlaufen sind. Die Lösung der Krise erfolgte durch Verhandlungen zwischen Machthabern und Opposition am Runden Tisch, zu dessen Zustandekommen Vertreter der OSZE, der EU sowie von Russland, Polen und Litauen maßgeblich beigetragen hatten.

Mit dem Machtwechsel ergibt sich für die Ukraine die Chance sowohl für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche als auch für eine außenpolitische Neuorientierung. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war die am 8. Dezember 2005 vom Parlament verabschiedete **Verfassungsreform**, die zwar frühestens im September 2005 in Kraft tritt, die aber bereits vor der Durchführung des dritten Wahlgangs einen Demokratisierungsimpuls gegeben hat. Das bis dahin stark präsidential geprägte ukrainische Regierungssystem wird dadurch in ein eher parlamentarisches umgewandelt. Zukünftig wählt das Parlament alle Mitglieder der Regierung und nicht wie bisher nur den Ministerpräsidenten. Dem Präsidenten ist nunmehr lediglich ein Vorschlagsrecht für die Positionen des Außen- und des Verteidigungsministers vorbehalten.

Entscheidend für den **außenpolitischen Handlungsspielraum** der neuen ukrainischen Regierung wird die weitere politische Stabilisierung des Landes sein. Dazu bedarf es zunächst der Überwindung der während der „Revolution in Orange“ zutage getretenen politischen Spaltung. Während dem neuen Präsidenten Juschtschenko im traditionell russlandfreundlichen Süden und Osten des Landes mit großem Misstrauen begegnet wird, erhält er von seinen Landsleuten im Westen und der Mitte breite Unterstützung. Eine Integration der auseinander strebenden Landesteile wird davon abhängen, ob es Juschtschenko und seiner Regierung gelingt, die Menschen, die nicht für das Wahlbündnis „Unsere Ukraine“ und dessen Partner gestimmt haben, durch politische Erfolge zu überzeugen. Insbesondere wird er daran gemessen werden, inwieweit es zur Umsetzung der umfangreichen Wahlversprechen kommt. Zudem steht Juschtschenko vor dem Problem, dass die Kräfte der ehemaligen Opposition sich abgesehen von dem gemeinsamen Ziel, das System Kutschma zu überwinden, durch eine starke politische Heterogenität auszeichnen, die erst jetzt zum Tragen kommt. Ähnliche Vorstellungen wie Juschtschenko hat allein die Partei seiner Mitstreiterin Julija Tymoschenko, während andere Politiker – insbesondere der Vorsitzende der Sozialisten, Oleksandr Moros, sowie Anatolij Kinach von der „Partei der Industriellen und Unternehmer der Ukraine“ – sich vom neuen Präsidenten gerade auch in der außenpolitischen Orientierung abgrenzen.

Grundlegendes Ziel der Außenpolitik des ukrainischen Präsidenten ist eine engere Anbindung an die euro-atlantischen Strukturen. Zugleich ist er aber auch an einer stabilen Nachbarschaft zur Russischen Föderation interessiert. Um das Bemühen um eine **ausgeglichene Beziehung zu allen Nachbarregionen** zu unterstreichen, unternahm Präsident Juschtschenko seine erste Auslandsreise nach Moskau. Dabei ging es ihm darum, klarzustellen, dass eine stärkere Orientierung der Ukraine auf Europa nicht mit einer Abkehr vom östlichen Nachbarn gleichzusetzen sei. Juschtschenko hat dies anschließend auch in seinen Reden vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates und vor dem Deutschen Bundestag deutlich gemacht.

Während Juschtschenkos Vorgänger Kutschma den **Wunsch nach Aufnahme in die EU** im Sommer 2004 offiziell aufgegeben hatte, wird er nun wieder explizit formuliert, weil man angesichts der gewandelten Situation im Lande den Status quo der ukrainisch-europäischen Beziehungen, bei der die Kooperation vorwiegend auf wirtschaftliche und technische Bereiche beschränkt bleibt, als unangemessen ansieht. Als außenpolitisch vordringlich wird von ukrainischer Seite derzeit die Anerkennung als funktionierende Marktwirtschaft durch die EU angesehen, weil dies wiederum eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme in die Welt Handelsorganisation (WTO) darstellt. Um einem Beitritt zur EU näher zu kommen, wird die Ukraine darüber hinaus versuchen müssen, die so genannten Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Auf dem Weg dorthin könnten jedoch vertragliche Bindungen an Länder der ehemaligen Sowjetunion ein Hindernis darstellen. Die Ukraine ist seit 2003 Mitglied des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes (EÉP) mit Russland, Belarus und Kasachstan. Zwar hat die Ukraine die von Moskau angestrebte Supranationalität des EÉP schon im Jahre 2003 abgelehnt, zukünftig würde aber auch jede andere Kooperation mit den östlichen Nachbarn, die über eine Freihandelszone hinausginge, die ukrainischen Chancen auf eine Aufnahme in die EU schmälern.

Die EU verhält sich gegenüber der Ukraine uneinheitlich. Der Rat und die Kommission haben der Ukraine bislang keine Beitrittsperspektive eröffnet. Auch beabsichtigt man in der EU bislang nicht, ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu schließen. Der im Rahmen der **Europäischen Nachbarschaftspolitik** (ENP) ausgearbeitete Aktionsplan sieht zunächst nur die Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine von 1998 vor. Dagegen hat das Europäische Parlament den Rat und die Kommission im Februar 2005 dazu aufgefordert, den Aktionsplan der ENP für die Ukraine aufgrund der veränderten politischen Situation neu zu verhandeln und dem Land eine klare europäische Perspektive zu geben. Sobald die Ukraine die Aufnahmekriterien erfüllt, könnte die EU daher in Zugzwang geraten.

Zu den außenpolitischen Zielen des neuen ukrainischen Präsidenten gehört auch eine **Annäherung an die NATO**. So hat Juschtschenko ausdrücklich den Wunsch seines Landes formuliert, dem „Membership Action Plan (MAP)“ beizutreten. Im Vergleich zu den Aussichten eines EU-Beitritts erscheint die Ausgangslage hier günstiger, da aufgrund des NATO-Ukraine Action Plan bereits enge sicherheitspolitische Beziehungen zwischen beiden Seiten bestehen. Zudem finden innerhalb des Programms „Partnership for Peace (PfP)“ gemeinsame Übungen von Streitkräften der NATO und der Ukraine statt. Die weiteren Perspektiven sind jedoch bislang offen geblieben. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer hat bei dem NATO-Ukraine-Gipfeltreffen Ende Februar in Brüssel bislang lediglich die Bereitschaft der NATO bekräftigt, die Zusammenarbeit mit der Ukraine weiter zu verstärken. Von einem möglichen Beitritt war hingegen noch nicht die Rede.

Quellen:

- NATO, NATO-Ukraine Relations, vom 23. Februar 2005, abrufbar im Internet unter: <http://www.nato.int/issues/nato-ukraine/index.html>.
- Osteuropa – Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 55. Jg., H. 1, Schwerpunkt Ukraine, Januar 2005.
- Schneider, Eberhard / Saurenbach, Christoph: Ukraine - die zweite Transformation, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 59, Dezember 2004.
- Stratenschulte, Eckart D.: Ukraine: „Und jetzt: action!“, in: Osteuropa – Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 55. Jg., H. 2, Februar 2005.